



Haircut für Ackermann & Co

Pressemitteilung von Gesine Löttsch, 27. April 2010

„Die Bundesregierung plant einen 2. Rettungsschirm für die Banken und will wieder die Steuerzahler im Regen stehen lassen“, erklärt Gesine Löttsch zur Weigerung der Bundesregierung, die Gläubiger-Banken an der Rettungsaktion für Griechenland zu beteiligen. Die stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die deutschen Banken halten griechische Staatsanleihen im Wert von über 30 Milliarden Euro, deren Verlust ihnen bei einem griechischen Staatsbankrott droht. Die Bundesregierung will wieder die Banken retten und die Risiken zu 100 Prozent den Steuerzahlern aufbürden. Offensichtlich fühlt sich die Bundesregierung den Banken mehr verpflichtet als den Wählerinnen und Wählern.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die deutschen Finanzinstitute, die griechische Anleihen besitzen, in die Pflicht zu nehmen. Ein „Haircut“, eine Umschuldung zu Lasten der Gläubiger-Banken, ist das Gebot der Stunde. Wer mit Griechenland-Anleihen spekuliert hat, darf nicht jetzt von der

Bundesregierung belohnt werden.“